

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Daniel Klauser, GFL/Leyla Gül, SP/Judith Gasser, GB): Rahmenbedingungen für Carsharing optimieren

Die städtische Energiepolitik hat gemäss der Energiestrategie 2006-2015 zum Ziel, den motorisierten Individualverkehr um 10% zu reduzieren. Gefragt ist dafür eine intelligente Mobilität, z.B. Carsharing. Beim Carsharing geht es nicht um Autos, sondern um den Verzicht auf das eigene Auto: dank Mobility verkehren in der Schweiz rund 18'000 Autos weniger. In Anlehnung an die viel gepriesenen Negawatts in der Energiepolitik kann man somit schliessen, dass es bei Mobility nicht um Autos, sondern um Negautos geht.

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg von Carsharing sind die Standorte, an denen die Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Wichtige Faktoren sind dabei eine gute Verteilung im Quartier (zentrale Lage = nahe für die Kunden) und die gute Sichtbarkeit/Erreichbarkeit der Standorte. Während Parkplätze in Hinterhöfen für Private durchaus attraktiv sein können, sind sie für Carsharing nicht optimal. Idealerweise liegen die Standorte in den Quartierzentren.

Die zunehmende Nachfrage erhöht den Bedarf an guten Standorten für Carsharing. Die Stadt St. Gallen hat deshalb bereits 2009 der Mobility Genossenschaft eine Konzession (Sondernutzungsrecht) für die Beanspruchung von öffentlichem Grund als Mobility-Standort erteilt. Die Konzession ist befristet und es wird eine jährliche Abgabe fällig. In analoger Weise hat auch die Gemeinde Köniz der Mobility Genossenschaft zwei Parkplätze zur Verfügung gestellt. In Basel hat die Regierung im November 2011 beschlossen, der Mobility Genossenschaft Parkplätze auf öffentlichem Grund zur Verfügung zu stellen, um das gemeinsame Nutzen von Autos zu fördern. Das sei umweltfreundlicher als der private Autobesitz und reduziere auch den Parkierdruck.

Es sollen dadurch nicht zusätzliche Parkplätze geschaffen werden, sondern bestehende Parkplätze, z.B. in der blauen Zone, zu Carsharing-Parkplätzen umfunktioniert und damit besser genutzt werden.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf:

1. Gemeinsam mit der Mobility Genossenschaft den Bedarf an zusätzlichen Standorten für Carsharing zu ermitteln.
2. Dort, wo ein Bedarf ausgewiesen ist, der Mobility Genossenschaft Parkplätze auf öffentlichem Grund über eine Sondernutzungskonzession zur Verfügung zu stellen.

Sollten in Zukunft andere Anbieter Carsharing-Modelle wie Mobility bieten, so ist eine Gleichbehandlung sicherzustellen.

Bern, 24. Mai 2012

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Daniel Klauser, GFL/Leyla Gül, SP/Judith Gasser, GB): Lukas Gutzwiller, Peter Künzler, Prisca Lanfranchi, Tania Espinoza, Daniela Lutz-Beck, Rania Bahnan Büechi, Aline Trede, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden,

Christine Michel, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher, Hasim Sancar, Guglielmo Grossi, Miriam Schwarz, Thomas Göttin, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Giovanna Battagliero, Ruedi Keller, Hasim Sönmez, Silvia Schoch-Meyer, Lea Kusano, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Gisela Vollmer, Martin Krebs, Beat Zobrist, Susanne Elsener, Matthias Stürmer, Manuel C. Widmer, Rania Bahnan Buechi, Daniel Imthurn, Jürg Weder, Claude Grosjean, Martin Trachsel, Philip Kohli, Judith Renner-Bach, Vinzenz Bartlome, Sonja Bietenhard, Kurt Hirsbrunner, Béatrice Wertli, Claudio Fischer, Michael Köppli

Antwort des Gemeinderates

Gemäss Zuständigkeitsregelung in der Gemeindeordnung (GO) vom 3. Dezember 1998 fallen Verkehrsangelegenheiten der vorliegenden Art in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Der vorliegenden Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Der zur Verfügung stehende Verkehrsraum in der Stadt ist knapp. Der Gemeinderat begrüsst daher Lösungen, die zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und somit auch von Abstellplätzen führen. Deshalb unterstützt der Gemeinderat das Anliegen der interfraktionellen Motion, die Rahmenbedingungen im Bereich Carsharing zu optimieren.

Zu Punkt 1:

Ein erster Kontakt zwischen der städtischen Verkehrsplanung und der Mobility Genossenschaft hat bereits stattgefunden. Mobility ist bereit, die Stadt Bern bei der Bedarfsermittlung von zusätzlichen Standorten für Carsharing zu unterstützen.

Zu Punkt 2:

Aus Sicht des Gemeinderats ist noch offen, ob die rechtliche Umsetzung wie im Vorstoss gefordert, über eine Sondernutzungskonzession oder auf eine andere Weise erfolgen soll.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Rahmenbedingungen für Carsharing können voraussichtlich mit den internen Ressourcen optimiert werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 24. Oktober 2012

Der Gemeinderat